

Die SPD unter Kurt Schumacher  
und Erich Ollenhauer



# Die SPD

## unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963

Sitzungsprotokolle der Spitzengremien

### Band 4: 1952 bis 1954

Herausgegeben und bearbeitet  
von Ilse Fischer



Gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <https://www.dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-4104-9

Copyright © 2021 by  
Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH  
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn  
Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen / Manfred Waller, Reinbek  
Umschlagfoto: Erich Ollenhauer mit Ernst Reuter und Fritz Heine  
auf dem SPD-Parteitag in Dortmund, 24.09.1952,  
Bildrecht: J. H. Darchingner / Friedrich-Ebert-Stiftung  
Satz: Jens Marquardt, Bonn  
Druck und Verarbeitung: CPI Books, Leck  
Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany 2021

## Vorwort

Mit der Publikation der Protokolle der SPD-Spitzenorgane aus den Jahren 1952 bis 1954 wird die von Willy Albrecht vor zwei Jahrzehnten begonnene Edition fortgesetzt. Der vorliegende Band dokumentiert den Beginn der im Titel bereits angekündigten Ära Erich Ollenhauer, die nach dem Tod Kurt Schumachers und der Wahl Erich Ollenhauers zum neuen Parteivorsitzenden im September 1952 einsetzte.

Ollenhauers innerparteilicher Führungsstil war durch den Willen zur Kooperation und Bemühungen um die Einbindung der verschiedenen Richtungen in der Partei geprägt. Damit war die Basis geschaffen für den Beginn eines durchaus spannungsreichen programmatischen Selbstverständigungs- und Modernisierungsprozesses innerhalb der SPD, der nach der Niederlage bei der Bundestagswahl von 1953 an Dynamik gewann. Daneben standen – wie schon der von Christoph Stamm herausgegebene Band 3 gezeigt hat – zunehmend außen-, sicherheits- und europapolitische Fragen im Fokus der Diskussionen in den Spitzenorganen der Partei. Dies galt in dem hier dokumentierten Zeitraum vor allem für die politische Auseinandersetzung um den EVG- und den Generalvertrag, in der sich die ablehnende Haltung der SPD nicht nur auf parlamentarischer Ebene, sondern auch durch die Einschaltung des Bundesverfassungsgerichts niederschlug. Auch die Fluchtbewegung aus der DDR, der Aufstand des 17. Juni 1953 und die Hoffnungen, die von der Parteiführung auf Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion auf der Berliner Außenministerkonferenz Anfang 1954 gesetzt wurden, zählten zu den zentralen Themen in diesem Zeitraum. Innenpolitisch war es vor allem das von rechtsradikalen und antidemokratischen Strömungen und Organisationen ausgehende Gefahrenpotenzial, zu dessen Aufdeckung und Bekämpfung sich die SPD nach den Erfahrungen in der Weimarer Republik in besonderer Weise verpflichtet fühlte.

Die Herausgabe des Bandes wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Archiv und Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das Projekt durch Beratung und Auskünfte, Bereitstellung von Archivbeständen, Datensätzen und Literatur, durch umfangreiche Fernleihebestellungen und Recherchen zu Dokumenten und Fotos unterstützt haben. Herzlich danken möchte ich an dieser Stelle Irmgard Bartel, Alexander Boix, André Castrup, Marius Ellermeyer, Olaf Guercke, Christiane Jansen, Stephanie Kröger, Dorothee Pannier, Oliver Rausch, Angela Rinschen, Gabriele Rose, Anita Savelsberg, Tina Schröder, Ruth Simons, Sarah Christine Wefel und Katja Wollenberg. Danken möchte ich insbesondere Antonia Borggreffe und Patrick Böhm, die neben Recherchen auch die Konvertierung der Digitalisate der Protokolle und Anlagen übernommen haben, Stephan Feldmann für die Durchsicht der Einleitung, Kurztitelüberarbeitungen im Fußnotenteil und die Registererstellung, Thomas Pott für eine sorgfältige Endkorrektur.

Mein besonderer Dank gilt der Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Dr. Anja Kruke, die eine Fortsetzung der Edition ermöglicht und das Projekt durch Anregungen, Gespräche und Lektüre der Texte begleitet hat.

Bonn, Oktober 2021

Ilse Fischer

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>Einleitung</b> .....	<b>11</b>
<b>I. Von Kurt Schumacher zu Erich Ollenhauer: Der Wechsel im Parteivorsitz im September 1952</b> .....	<b>11</b>
<b>II. Die Spitzengremien der Partei – biografischer Hintergrund und politischer Einfluss</b> .....	<b>14</b>
1) Die personelle Zusammensetzung der Spitzengremien .....	14
<i>Die Mitglieder des besoldeten Parteivorstands</i> .....	14
<i>Die ehrenamtlichen Parteivorstandsmitglieder</i> .....	17
2) Biografien und politisches Profil .....	18
3) Der Parteiausschuss: Funktion und Zusammensetzung .....	26
4) Die Kontrollkommission .....	28
5) Die Experten im Hintergrund: Ausschüsse und Kommissionen beim SPD-Parteivorstand .....	28
6) Der Mitarbeiterstab .....	30
<b>III. Nach dem Dortmunder Parteitag: Das Aktionsprogramm als politische Basis?</b> .....	<b>32</b>
<b>IV. Opposition <i>und</i> Regierung: Die SPD im Bund und in den Ländern 1952–1954</b> .....	<b>35</b>
1) Die Zusammenarbeit zwischen Parteivorstand und Bundestagsfraktion.....	35
2) Die SPD in den Ländern .....	39
<b>V. SPD und DGB – Partnerschaft und Dissens</b> .....	<b>41</b>
1) Die Beziehungen zwischen SPD und Gewerkschaften nach Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes .....	42
2) Sozialdemokratische Gewerkschafts- und Betriebsarbeit .....	45

VI. Innenpolitische Themen in der Diskussion 1952–1954 .....	47
1) Der Auftrag des Grundgesetzes: Gleichberechtigung der Frauen .....	47
2) Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik .....	48
3) SPD und Vergangenheitspolitik .....	49
4) Luxemburger Abkommen und Bundesentschädigungsgesetz .....	52
5) Die Enthüllungen über den Bund Deutscher Jugend (BDJ) und seinen Technischen Dienst .....	55
6) Naumann-Kreis und neonazistische Strömungen .....	58
VII. SPD und deutsche Einheit .....	61
1) Die Fluchtbewegung aus der DDR 1952/53 und die Situation in Berlin .....	61
2) Flüchtlinge, Vertriebene und die Oder-Neiße-Grenze .....	64
3) Gegen den »Saarverrat« – Das Saargebiet zwischen »Autonomie« und »Europäisierung« .....	68
<i>Europäisierungskonzepte und die Auseinandersetzung um</i> <i>die Landtagswahlen 1952</i> .....	70
<i>Die politische Rolle der Saargewerkschaften</i> .....	73
<i>Die Diskussion um den van-Naters-Plan</i> .....	74
4) Das »Krisenjahr 1953« – Wandel in der internationalen Politik und deutschlandpolitische Chancen? .....	76
5) Der 17. Juni 1953 .....	77
VIII. Deutsche Einheit und Westintegration: Die Frage des Wehrbeitrags und die Auseinandersetzung um EVG- und Generalvertrag .....	81
1) »... für uns unannehmbar«: Der politische Kampf der SPD gegen die Verträge .....	82
2) Das »kollektive Sicherheitssystem« als Alternative? .....	85
3) Die Rolle des Bundesverfassungsgerichts .....	88
4) Die Verträge im Bundesrat .....	93
5) Auswirkungen auf die SPD-Landespolitik in Baden-Württemberg .....	95
6) Sozialistische Internationale und EVG-Vertrag .....	97
7) Das Verfahren bis zum Scheitern der EVG .....	99

<b>IX. Die Berliner Außenministerkonferenz 1954 .....</b>	<b>101</b>
1) Vorbereitende Verhandlungen .....	101
2) Sozialdemokratische Sondierungen am Rande der Tagung .....	103
3) Reaktionen auf den Ausgang der Konferenz .....	105
<b>X. »Statt Adenauer: Ollenhauer« – Die Bundestagswahl 1953 .....</b>	<b>107</b>
1) Die Auseinandersetzungen um das Wahlgesetz .....	107
2) Wahlkampf vorbereitungen .....	109
3) Wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen.....	113
4) Der Wahlkampf der politischen Gegner .....	116
<i>Die Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise.....</i>	<i>117</i>
<i>Die Anzeigenkampagne der »Waage« (Gemeinschaft zur Förderung</i>	
<i>des sozialen Ausgleichs).....</i>	<i>118</i>
5) Wahlkampfthemen: Außenpolitik und Kommunismusverdacht .....	119
6) Gewerkschaften und Wahlkampf .....	123
7) Die Rolle der Katholischen Kirche .....	126
8) Das Wahlergebnis .....	127
<b>XI. Nach der Bundestagswahl: Der innerparteiliche Diskurs.....</b>	<b>128</b>
1) Die Reaktion der SPD-Führungsgremien auf das Wahlergebnis .....	128
2) Aufarbeitung der innerparteilichen Kritik .....	131
3) Die Diskussion um eine Reform der Parteipresse .....	134
<b>XII. Der SPD-Parteitag in Berlin 1954 .....</b>	<b>136</b>
1) Inhaltliche Vorbereitungen .....	137
2) Die Vorlage eines neuen Programmentwurfs (»Berliner Programm«) .....	140
3) Parteivorstand und Basis .....	144
4) Ausblick: Entscheidungen des Berliner Parteitags .....	145
<b>Zur Edition .....</b>	<b>148</b>
<b>Verzeichnis der abgedruckten Dokumente .....</b>	<b>152</b>
<b>Dokumente .....</b>	<b>163</b>

## Anhang

I.	Kurzbiografien der Mitglieder des Parteivorstandes 1952 – 1954 .....	665
II.	Kurzbiografien der Mitglieder des Parteiausschusses 1952 – 1954 .....	668
III.	Kurzbiografien der Mitglieder der Kontrollkommission 1952 – 1954 .....	673
IV.	Abkürzungen .....	675
V.	Literaturverzeichnis.....	678
VI.	Personenregister .....	703
VII.	Sachregister .....	714
VIII.	Die Bearbeiterin .....	731

# Einleitung

Mit dem vorliegenden Band wird die Edition »Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien« fortgesetzt. Dem Gesamtkonzept entsprechend umfasst der Band einen Zeitraum von knapp zwei Jahren, vom Dortmunder SPD-Parteitag (24.–28. September 1952) bis zum Berliner Parteitag (20.–24. Juli 1954). Diese formale Einteilung entspricht einer Amtsperiode des in zweijährigem Rhythmus zu wählenden SPD-Parteivorstands und steht in keinem Bezug zu politischen Zäsuren. Dennoch fielen in diesen schmalen Zeitkorridor eine Reihe signifikanter Ereignisse: in den USA der Wechsel in der Präsidentschaft von Truman zu Eisenhower, Stalins Tod im März 1953, der Aufstand des 17. Juni 1953, die Ratifizierung des Vertrags zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) und des Deutschlandvertrags durch die Bundesrepublik im März 1953, das Ende des Koreakriegs im Juli 1953 und die Berliner Außenministerkonferenz Anfang 1954. Seit Ende 1952 setzte zudem in der Bundesrepublik ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung mit Tendenz zur Vollbeschäftigung ein. Die Ergebnisse der Bundestagswahl vom September 1953 enttäuschten die Erwartungen der SPD und trugen zur Stabilisierung der Regierung Adenauer bei. Schließlich fand mit dem Wiedergutmachungsabkommen mit Israel, der Verabschiedung des (von der SPD für völlig unzureichend gehaltenen) Bundesentschädigungsgesetzes, dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) und der Aufdeckung der verfassungsfeindlichen Aktivitäten des Bundes Deutscher Jugend und des Naumann-Kreises 1952/53 eine erste Phase der Auseinandersetzung mit den Folgen und Nachwirkungen der NS-Zeit ihren Abschluss.

Für die Sozialdemokratische Partei selbst brachte das Jahr 1952 einen tief gehenden Einschnitt mit sich: Am 20. August 1952 starb der Parteivorsitzende Kurt Schumacher. Auf dem Dortmunder Parteitag im September 1952 wurde sein bisheriger Stellvertreter Erich Ollenhauer zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Auf diesem Parteitag gab sich die SPD zugleich einen programmatischen Rahmen, der als Leitlinie für die Politik der nächsten Monate gedacht war: das Dortmunder Aktionsprogramm.

## **I. Von Kurt Schumacher zu Erich Ollenhauer: Der Wechsel im Parteivorsitz im September 1952**

Der Tod des ersten Nachkriegsvorsitzenden der SPD kam trotz längerer Krankheit unerwartet. Kurt Schumacher musste sich nach einem Schlaganfall im Dezember 1951 einer längeren Kur unterziehen. Zwar nahm er ab April 1952 einen Teil seiner Arbeit wieder auf, ließ sich aber für die folgenden Parteivorstandssitzungen und die Sitzungen des Deutschen Bundestags im Frühjahr und Sommer 1952 entschuldigen.<sup>1</sup> Allerdings war es auch in den

---

<sup>1</sup> Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 13, Protokoll der PV-Sitzung am 18./19.1.1952, S. 355; ebd., Dokument Nr. 14, Protokoll der PV-Sitzung am 22./23.2.1952, S. 379; ebd., Dokument Nr. 15, Protokoll der PV-Sitzung am 8./9.4.1952, S. 402.

vorangegangenen Jahren bereits üblich gewesen, dass sein Stellvertreter Erich Ollenhauer die Parteivorstandssitzungen leitete, selbst dann, wenn Schumacher anwesend war und in der Diskussion das Wort ergriff. Trotz krankheitsbedingter Einschränkungen beteiligte sich Schumacher im Sommer 1952 weiterhin mit Interviews und politischen Stellungnahmen an der öffentlichen Diskussion und verfasste auch das Vorwort für das Dortmunder Aktionsprogramm.<sup>2</sup>

Kurt Schumachers Persönlichkeit prägte das Bild der SPD in den ersten Nachkriegsjahren nachhaltig: Als kriegsversehrter Teilnehmer des Ersten Weltkriegs, gesundheitlich schwer gezeichnet durch eine fast zehnjährige KZ-Haft, innerlich aber ungebrochen, verkörperte er wie kein anderer den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Mit ihm verlor die SPD nicht nur eine willensstarke Persönlichkeit mit einer beispielhaften Biografie. Schumachers nicht unproblematischer Führungsstil und seine Rigorosität bei der Durchsetzung politischer Positionen hatte sich für seine Partei auch als Hürde bei der Einleitung notwendiger Wandlungsprozesse erwiesen. Seine Autorität überdeckte den innerparteilichen Diskussionsbedarf und war der Entfaltung politischer Potenziale in der SPD nicht unbedingt förderlich. Schumacher habe, so die Kritik des baden-württembergischen SPD-Vorsitzenden Erwin Schoettle in der Parteivorstandssitzung am 5. September 1952, »oft und entscheidend alleine« die Politik der Partei bestimmt: »Der PV war ausgeschaltet und das Büro legte mit Erklärungen die Partei fest.«<sup>3</sup> Auch die spätere Forschung thematisierte den Führungsstil. Mit Schumacher habe die SPD einen Vorsitzenden verloren, »der wie kein anderer seit dem Tode August Bebels der Partei seinen politischen Willen aufgeherrscht« habe.<sup>4</sup>

In der Vorstandssitzung am 5. September 1952 wurde als Nachfolger einstimmig Schumachers bisheriger Stellvertreter Erich Ollenhauer vorgeschlagen und auf dem Dortmunder Parteitag am 27. September 1952 mit 357 von 363 gültigen Stimmen zum Vorsitzenden gewählt. Der Führungsstil des neuen Parteivorsitzenden war von Anfang an stärker integrierend und vermittelnd ausgerichtet, ohne dass dabei zunächst eine inhaltliche Abkehr von den Positionen seines Vorgängers erkennbar war. Erich Ollenhauer, aus einer sozialdemokratisch geprägten Magdeburger Handwerkerfamilie stammend, bei seiner Wahl 51 Jahre alt, hatte früh hauptamtliche Parteifunktionen übernommen. Nach einer kaufmännischen Lehre volontierte er bei der Magdeburger »Volksstimme« und übersiedelte 1920/21 nach seiner Wahl in den Hauptvorstand der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) nach Berlin. Als Sekretär der Sozialistischen Jugendinternationale (1923) und seit 1928 als geschäftsführender Vorsitzender der SAJ erlebte er intensiv die politischen Auseinandersetzungen am Ende der Weimarer Republik. Kurz vor dem Verbot der SPD wurde er im April 1933 in den Parteivorstand gewählt. Mit Otto Wels und anderen Vorstandsmitgliedern emigrierte Ollenhauer über Prag nach Paris, wo ihm die Flucht nach London

2 Vgl. Albrecht: Kurt Schumacher, S. 91; vgl. Aktionsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 5–8.

3 PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952, S. 473.

4 Vgl. Heimann: Von Erich Ollenhauer zu Willy Brandt, S. 245. Vgl. auch: Lösche/Walter: Die SPD, S. 110.

gelang. In England war er maßgeblich an der Gründung der »Union deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien« beteiligt, einem Zusammenschluss der Repräsentanten verschiedener sozialistischer Gruppen mit der SPD. Im Februar 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde Ollenhauer auf dem ersten Nachkriegsparteitag der SPD 1946 in Hannover zum Stellvertreter Kurt Schumachers gewählt. Dem Deutschen Bundestag gehörte der SPD-Parteivorsitzende von 1949 bis zu seinem Tod am 14. Dezember 1963 an. Zusätzlich zum Parteivorsitz übernahm Ollenhauer nach Schumachers Tod auch das Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion.<sup>5</sup>

Zu Beginn der Amtszeit Ollenhauers als Parteivorsitzender standen in den Diskussionen der Führungsgremien der Partei häufig außenpolitische Fragen im Vordergrund, die im Zusammenhang mit der Verabschiedung des EVG-Vertrags und des Generalvertrags standen. Als Oppositionsführer war der SPD-Vorsitzende zugleich Herausforderer des Bundeskanzlers Konrad Adenauer. Schon wenige Wochen nach dem Dortmunder Parteitag setzten Überlegungen für die Gestaltung des Bundestagswahlkampfes 1953 ein.

Mit dem Antritt des Parteivorsitzes sah sich Ollenhauer auch mit einer Reihe interner Probleme konfrontiert. Die Mitgliederzahlen der SPD gingen seit Beginn der 1950er Jahre kontinuierlich zurück – von 683.896 Mitgliedern im Jahr 1950 auf 585.479 im Jahr 1954. Dabei gab es allerdings regional große Unterschiede und in einzelnen Städten auch Zuwächse. Eine (nicht repräsentative) Umfrage über mögliche Ursachen dieser Entwicklung, mit der Anfang 1952 die Ortsvereine beauftragt wurden, förderte sehr unterschiedliche Gründe zutage, wobei auch der demografische Faktor eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen mochte.<sup>6</sup> Schwerer für die langfristige Mitgliederbindung und die Anwerbung neuer Mitglieder musste die Tatsache wiegen, dass es offensichtlich auch ein Unbehagen an den tradierten Formen des Parteilebens sowie Kritik am innerparteilichen Demokratieverständnis gab. Ollenhauer oblag es in den folgenden Jahren, die Politik der Partei den Herausforderungen der kommenden Jahre anzupassen, ohne für wesentlich erachtete Positionen preiszugeben. In seine Amtszeit fielen die Verabschiedung eines neuen Parteiprogramms (1959) und die Modernisierung des Parteiapparats und der parteieigenen Medien. Beide Aspekte – die Programmfrage und die Reform innerparteilicher Strukturen – standen insbesondere nach der verlorenen Bundestagswahl von 1953 im Fokus der Parteivorstandssitzungen.

---

5 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952, S. 472; vgl. Protokoll Parteitag Dortmund 1952, S. 237. Zur Biografie Ollenhauers bis 1946 vgl. Seebacher-Brandt: Ollenhauer. Zum Wechsel in der SPD-Bundestagsfraktion vgl. Weber (Bearb.): Die SPD-Fraktion, 1. Halbbd., S. XLVIII.

6 Vgl. Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei, S. 265 f.; SPD-Jahrbuch 1954/55, S. 204. Vgl. Oldenburg: Tradition und Modernität, S. 76 ff. Dort neben Angaben zu Hamburg auch Hinweise auf die Mitgliederentwicklung in anderen Städten/Regionen.

## II. Die Spitzengremien der Partei – biografischer Hintergrund und politischer Einfluss

### 1) *Die personelle Zusammensetzung der Spitzengremien*

Der Parteivorstand der SPD bestand aus dem Parteivorsitzenden, seinem Stellvertreter, fünf hauptamtlichen Mitgliedern (die Zahl war auf dem Dortmunder Parteitag um eine Person erweitert worden) und 23 ehrenamtlichen Mitgliedern. Zu den Führungsgremien zählten ferner die neun Personen umfassende Kontrollkommission sowie der Parteiausschuss, der sich aus 33 (1952/53) bzw. 34 (1954/55) Vertreterinnen und Vertretern der Bezirke zusammensetzte und dessen Mitglieder auf Bezirksebene gewählt wurden.<sup>7</sup> In dem hier dokumentierten Zeitraum gab es insgesamt acht gemeinsame Sitzungen von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission. Im Zentrum dieser nur durch sehr knapp gehaltene Protokolle erfassten erweiterten Zusammenkünfte standen in der Regel ausführliche Referate Erich Ollenhauers über die politische Lage (die nicht im Wortlaut wiedergegeben wurden) sowie die Erörterung der jeweils aktuell anstehenden politischen Fragen.<sup>8</sup> Zweimal, am 12./13. Dezember 1952 (Dokument Nr. 4) und am 11. Juni 1954 (Dokument Nr. 35), tagten Parteivorstand bzw. Parteivorstand und Parteiausschuss gemeinsam mit dem Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion. Am 17. September 1953 (Dokument Nr. 22) waren neben den Führungsgremien der Partei auch die SPD-Bundestagsabgeordneten eingeladen. In dieser Sitzung sowie schon am 10. Mai 1953 (Dokument Nr. 15) und am 4. Juni 1953 (Dokument Nr. 16) waren auch Vertreter der Länderregierungen anwesend. Der Parteiausschuss war vor allen wichtigen Entscheidungen des Parteivorstands anzuhören, allerdings wurde seine Einbindung in die Entscheidungsprozesse des Vorstands häufig als unzureichend kritisiert. So hatten Parteiausschussmitglieder manchmal den Eindruck, dass über anstehende Fragen bereits im Vorfeld der gemeinsamen Sitzung entschieden worden war.<sup>9</sup> Bei besonderen politischen oder fachlichen Anlässen wurden auch Vertreter aus den Bundesländern, Referenten des Parteivorstands und Journalisten der parteieigenen Presseorgane und Verlage herangezogen.

### *Die Mitglieder des besoldeten Parteivorstands*

Die Diskussion über die Vorschläge zur Wahl des Parteivorsitzenden und seines Stellvertreters auf der PV-Sitzung im Vorfeld des Dortmunder Parteitags ließ (selbst in der verhaltenen Form des Sitzungsprotokolls) erkennen, dass sich in der Partei und den Führungs-

<sup>7</sup> Zu den Biografien der Mitglieder des Parteiausschusses und der Kontrollkommission vgl. Anhang, Nr. 2 und 3.

<sup>8</sup> Vgl. die vorliegenden Wortprotokolle in AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Erich Ollenhauer, 2/EOAA000095 (Rede Ollenhauers vor dem Parteiausschuss am 30.7.1953); 2/EOAA000101 (Protokoll der Sitzung von PV, PA und KK am 19.2.1954); 2/EOAA000103 (Protokoll der Sitzung von PV, PA und KK am 2.4.1954).

<sup>9</sup> Vgl. z. B. Dokument Nr. 35, Protokoll der Sitzung von PV, PA, KK und Fraktionsvorstand am 11.6.1954, Diskussion zur Wahl des Bundespräsidenten.

gremien Unzufriedenheit angestaut hatte.<sup>10</sup> Erich Ollenhauer war als künftiger Parteivorsitzender unumstritten. Dagegen gingen die Meinungen über die Rolle des stellvertretenden Vorsitzenden auseinander. Ollenhauer selbst wünschte sich in erster Linie eine Arbeitsentlastung durch den Stellvertreter, da er und andere Vorstandsmitglieder durch die gleichzeitige Führung von Fraktion und Partei bzw. die Ausübung weiterer politischer Ämter stark beansprucht waren. Andere Parteivorstandsmitglieder, an der Spitze der baden-württembergische Landesvorsitzende Erwin Schoettle, waren dagegen der Meinung, der neu zu bestimmende Stellvertreter müsse »eine politische und repräsentative Person« sein.<sup>11</sup> Dahinter steckte nicht zuletzt der Versuch, politische Kräfte, die unter Schumacher kaum eine Chance zur Profilierung besessen hatten, stärker in den Vordergrund zu rücken.

Nachdem Schoettle selbst eine Kandidatur ausgeschlossen hatte, wurde der politische Sekretär der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Mellies, vorgeschlagen und am 27. September 1952 auf dem Parteitag in Dortmund gewählt (318 Stimmen).<sup>12</sup> Allerdings war auch diese Entscheidung nicht unumstritten. Mellies galt zwar als ideale Besetzung für die aufopfernde organisatorische Arbeit in der Bundestagsfraktion, war aber nicht der Typus eines sich in der Öffentlichkeit bewusst exponierenden Politikers. Jahrgang 1899, ursprünglich Lehrer von Beruf, gehörte Mellies während der Weimarer Republik als Abgeordneter und zeitweise Landtagspräsident dem Lippischen Landtag an. Nach seiner Entlassung aus dem Schuldienst 1933 schlug er sich mit einem Lebensmittelhandel durch und wurde später zur Wehrmacht eingezogen. Nach dem Krieg war Mellies als Landrat im Kreis Detmold tätig, gehörte dem Frankfurter Wirtschaftsrat und seit 1949 dem Bundestag an.<sup>13</sup>

Die Zahl der geschäftsführenden Parteivorstandsmitglieder wurde auf dem Dortmunder Parteitag von vier auf fünf Personen erhöht. Zwei Mitglieder wurden neu in diesen Kreis aufgenommen: Willi Eichler (306 Stimmen) und Max Kukil (327) Stimmen. Kukil nahm die Stelle des erfolglos kandidierenden Egon Franke ein. Die übrigen Mitglieder des engeren Vorstands – Fritz Heine (322 Stimmen), Alfred Nau (341 Stimmen) und Herta Gotthelf (337 Stimmen) – zählten bereits seit 1946 bzw. 1947 (Gotthelf) zum geschäftsführenden Vorstand.<sup>14</sup>

Die Mitglieder dieses Gremiums besaßen unterschiedlichen Einfluss. Vor allem Fritz Heine und Alfred Nau kam eine Schlüsselposition zu. Fritz Heine, der Presse- und Propagandachef der SPD, in dessen Ressort auch die Wahlkampfführung 1953 fiel, verwaltete hinter den Kulissen das parteieigene Presseimperium. Er galt vielen als »graue Eminenz« der deutschen Sozialdemokratie. An Heines Biografie zeigten sich besonders signifikant politische Prägungen, denen Sozialdemokraten seiner Generation ausgesetzt waren. Der

10 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952, S. 472 ff.; ebd., Dokument Nr. 20, Protokoll der PV-Sitzung am 14.9.1952, S. 485 ff.; ebd., Dokument Nr. 21, Protokoll der Sitzung von PV, PA und KK am 23./24.9.1952, S. 505.

11 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952, S. 473.

12 Vgl. Protokoll Parteitag Dortmund 1952, S. 237. Zur Abstimmung über die Kandidaten in den Parteigremien vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, S. XIII–XV; ebd., Dokument Nr. 20, Protokoll der PV-Sitzung am 14.9.1952, S. 485–487. Vgl. auch Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei, S. 278–281.

13 Vgl. Tegtmeier-Breit: »... kann man uns den Stolz und erst recht den Glauben nicht nehmen«.

14 Vgl. Protokoll Parteitag Dortmund 1952, S. 237.

gelernte Großhandelskaufmann avancierte nach einem Volontariat beim SPD-Parteivorstand Ende 1928 zum technischen Leiter der zentralen Werbeabteilung der Partei. Nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten emigrierte Heine zunächst nach Prag, wo er für die SPD Kurierdienste übernahm. 1938 ging er nach Paris. Nach der Besetzung Frankreichs und zeitweiliger Internierung gelang ihm die Flucht nach Marseille. Von dort aus organisierte er die Rettung Hunderter deutsch-jüdischer Flüchtlinge und politischer Emigranten, bevor er selbst nach London entkommen konnte. 1988 erhielt er die israelische Auszeichnung »Gerechter unter den Völkern«.<sup>15</sup> Heines Wahlkampf- und Propagandastrategie wie auch seine pessimistische Gesamtbeurteilung der Demokratieentwicklung in der Bundesrepublik führten mehrfach zu Kritik in den Führungsgremien der Partei.

Auch der für die Parteifinanzen zuständige Alfred Nau begann 1928 seine Karriere mit einem Volontariat beim SPD-Parteivorstand und einer Tätigkeit im Kassenbereich. Nach dem Verbot der Partei arbeitete Nau zunächst in seinem Beruf als Versicherungskaufmann und nutzte die Arbeit für illegale Kontakte, was ihm mehrere Monate Haft einbrachte. Nach dem Einzug zur Wehrmacht und Kriegsdienst beteiligte er sich ab Ende 1945 am Wiederaufbau der SPD.<sup>16</sup>

Gleichfalls eng mit den traditionellen Parteistrukturen verbunden war die aus Breslau stammende Herta Gotthelf, die einzige Frau im engeren Vorstand. Nach einer Banklehre und einer Phase der Arbeitslosigkeit wurde sie 1924 für ein Jahr »Freihörerin« an der Akademie für Arbeit in Frankfurt am Main. Wie Heine und Nau wechselte sie zum Parteivorstand nach Berlin, wo sie 1925 ein Volontariat bei der SPD-Zeitschrift »Frauenwelt« absolvierte. Sie wurde Sekretärin der Reichstagsabgeordneten Marie Juchacz und ab 1926 Redakteurin der Zeitschrift »Genossin«. 1934 emigrierte Herta Gotthelf nach London. Nach ihrer Rückkehr übernahm sie im Juli 1946 das zentrale Frauensekretariat der SPD.<sup>17</sup>

Mit der Wahl Willi Eichlers in das engere Führungsgremium wurde auf dem Dortmunder Parteitag ein Signal für die bevorstehende programmatische und kulturpolitische Neuausrichtung der Partei gesetzt. Eichler, von Kurt Schumacher auf dem Hamburger Parteitag 1950 bewusst als Gegenkraft zu Carlo Schmid positioniert, kam im Gegensatz zu der überwältigenden Mehrheit des SPD-Parteivorstands aus einer linkssozialistischen Organisation der Weimarer Republik, dem von dem Philosophen Leonard Nelson gegründeten Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK). Eichler beteiligte sich in Frankreich an dem Versuch zur Gründung einer Volksfront gegen Hitler und flüchtete 1939 nach England, wo er sich der SPD annäherte und Vorstandsmitglied der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien wurde. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland 1946 gab Eichler die Zeitschrift »Geist und Tat« heraus, war bis 1951 Chefredakteur der »Rheinischen Zeitung« und bis 1953 Bundestagsabgeordneter.<sup>18</sup>

15 Zur Biografie vgl. Appellius: Heine.

16 Vgl. Albrecht: Alfred Nau; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Alfred Nau.

17 Vgl. Gille-Linne: Verdeckte Strategien, S. 33–198; dies.: »Kennen Sie Herta Gotthelf?«; dies.: »Was hoerst Du aus Deutschland?«.

18 Vgl. Lemke-Müller: Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie; Harder: Vordenker der »ethischen Revolution«.

Max Kukil (eigentlich: Kukielczynski), vor 1933 Parteisekretär der Breslauer SPD, war in der NS-Zeit mehrfach Verhaftungen und KZ-Internierungen ausgesetzt. Er stand in Kontakt zu Widerstandskreisen um Wilhelm Leuschner, bevor er 1943 zur Wehrmacht eingezogen wurde. Nach der Flucht aus der sowjetischen Zone beteiligte er sich in Schleswig-Holstein an der Neugründung der SPD. Von 1950 bis zu seinem vorzeitigen Ausscheiden im Mai 1953 war Kukil Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Vor seiner Wahl zum besoldeten Parteivorstandsmitglied gehörte er bereits dem Parteiausschuss an. Seine Aufgabe im Parteivorstand bestand u. a. in der Führung des Organisationsreferats und der Zuständigkeit für die Zentralstelle ehemals politisch verfolgter Sozialdemokraten.<sup>19</sup>

### *Die ehrenamtlichen Parteivorstandsmitglieder*

Zu den 23 ehrenamtlichen Beisitzern im Vorstand zählten (in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen auf dem Dortmunder Parteitag): Waldemar von Knoeringen (352), Ernst Reuter (347), Fritz Henßler (339), Walter Menzel (337), Georg August Zinn (332), Carlo Schmid (331), Luise Albertz (325), Andreas Gayk (325), Heinrich Albertz (320), Erwin Schoettle (319), Herbert Wehner (316), Wenzel Jaksch (310), Louise Schroeder (309), Franz Neumann (290), Elisabeth Selbert (289), Emil Groß (287), Hermann Veit (273), Franz Bögler (269), Anni Krahnstöver (267), Fritz Steinhoff (266), Lisa Albrecht (246), Franz Haas (244), Karl Meitmann (231).<sup>20</sup> Drei von ihnen gehörten zum ersten Mal dem Vorstand an: Herbert Wehner, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Gesamtdeutsche und Berliner Fragen, der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn und der bayerische Landtagsabgeordnete Franz Haas.<sup>21</sup> Insbesondere durch die Personalien Wehner und Zinn wurden wichtige Akzente für die Politik der nächsten Jahre gesetzt.

Herbert Wehner unterschied sich vor allem durch seine frühere kommunistische Kaderlaufbahn von der politischen Sozialisation der anderen Vorstandsmitglieder. 1935 Mitglied des Zentralkomitees der KPD, 1942 als »Verräter« ausgeschlossen und nach dem Exil in Schweden erst 1946 der SPD in Hamburg beigetreten, sah er sich aufgrund seiner politischen Biografie nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den eigenen Reihen oft Misstrauen ausgesetzt. Mit der Wahl Wehners zeichnete sich die wachsende Bedeutung der SPD-Bundestagsfraktion für die Führung der Partei ab. Sein Name war offensichtlich auch bei den internen Diskussionen im Parteivorstand über die Besetzung der Position des stellvertretenden Parteivorsitzenden ins Gespräch gebracht worden. Er selbst lehnte jedoch ab, da er auf dem Parteitag keine Diskussion über seine politische Vergangenheit erle-

19 Vgl. Erich Ollenhauer: Max Kukil, in: »Sozialdemokratischer Pressedienst«, P/XIV/14, 17.1.1959, S. 1f., <<http://library.fes.de/spdpd/1959/590117.pdf>>. Vgl. Eintrag »Max Kukil«, in: Geschichtswerkstatt der SPD Schleswig-Holstein, <[https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Max\\_Kukil](https://www.spd-geschichtswerkstatt.de/wiki/Max_Kukil)>.

20 Vgl. Protokoll Parteitag Dortmund 1952, S. 243.

21 Zur Diskussion über weitere Personalvorschläge (Willy Brandt, Egon Franke und Heinz Kühn), vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, S. XV.

ben wollte.<sup>22</sup> In den folgenden Monaten trat Wehner im Parteivorstand vor allem als Experte für Fragen der deutschen Wiedervereinigung und durch seine Beurteilung der sowjetischen Politik hervor.

Der gleichfalls neu in den Vorstand gewählte Georg August Zinn, Landesvorsitzender der hessischen SPD und seit 1950 hessischer Ministerpräsident, zählte zu den engeren Vertrauten Erich Ollenhauers. Zinn hatte sich nach den für die SPD erfolgreichen Landtagswahlen von 1950 mit seiner Forderung nach Beendigung der großen Koalition mit der CDU gegen den bis dahin amtierenden SPD-Ministerpräsidenten Christian Stock durchgesetzt. Nach Intervention Erich Ollenhauers hatten sich die hessischen SPD-Gremien für Zinn entschieden. Mit Zinn begann eine lange Phase der SPD-Regierungsverantwortung in Hessen – die Entwicklung zum »sozialdemokratischen Musterland«.<sup>23</sup> Georg August Zinn, Rechtsanwalt und ab 1929 Stadtverordneter in Kassel, verteidigte als Anwalt während der NS-Zeit politisch Verfolgte und stand selbst wie sein später verhafteter Bruder zeitweise in Verbindung zur Berliner Widerstandsgruppe »Roter Stoßtrupp«. Nach Einberufung zur Wehrmacht und amerikanischer Kriegsgefangenschaft wurde er im Oktober 1945 zum hessischen Justizminister ernannt. Er war Vizepräsident des Wirtschaftsrats der Bizone in Frankfurt und wirkte als Mitglied des Parlamentarischen Rats an der Formulierung des Grundgesetzes mit. Zinn, der zu den einflussreichsten Persönlichkeiten in der SPD auf Länderebene zählte, war kurzfristig auch als Schumachers Nachfolger im Gespräch. Dem hessischen Ministerpräsidenten kam insbesondere bei der Aufdeckung der verfassungsfeindlichen Aktivitäten des Bundes Deutscher Jugend (BDJ) und dessen Technischen Dienstes im Herbst 1952 eine prominente Rolle zu.<sup>24</sup>

Dagegen stach der Bezirksvorsitzende der SPD in Franken, Franz Haas, weniger hervor. Der gelernte Buchdrucker hatte sich seit frühester Jugend in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialistischen Arbeiterjugend engagiert und war seit 1923 Mitglied der SPD. Während der NS-Zeit war er längere Zeit in Haft, u. a. eineinhalb Jahre im KZ Dachau. Haas war Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung in Bayern und seit 1946 SPD-Landtagsabgeordneter und zweiter Landesvorsitzender der bayerischen SPD.<sup>25</sup>

## 2) *Biografien und politisches Profil*

Auch wenn es sich bei den Mitgliedern des Parteivorstands um Frauen und Männer unterschiedlicher Herkunft und Persönlichkeit handelte, so waren bestimmte Lebensmuster

22 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952, S. 473. Vgl. die rückblickende Bemerkung Fritz Heines bei: Appellius: Heine, S. 5; vgl. Meyer: Herbert Wehner, S. 166; für die Biografie Wehners vgl. neben Meyer auch Leugers-Scherzberg: Die Wandlungen des Herbert Wehner. Zu Wehners Moskauer Zeit vgl. Müller: Die Akte Wehner; ders.: Herbert Wehner. Moskau 1937.

23 Vgl. Wedel: Die hessische SPD 1950–1959, S. 18–21.

24 Vgl. unten, Abschnitt VI, 5.

25 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, S. XV; »Haas, Franz«, in: Haus der Bayerischen Geschichte. Bavariathek, Geschichte des Bayerischen Parlaments seit 1819, Personen-Datenbank; vgl. auch Interview mit Franz Haas, in: Haus der Bayerischen Geschichte. Bavariathek, Portal Zeitzeugen berichten.

und biografische Erfahrungen häufiger anzutreffen. Viele SPD-Mitglieder, und gerade die führenden Funktionäre, hatten in der NS-Zeit Verfolgung oder zumindest berufliche Benachteiligung erlebt. Auch wenn die Partei durch den Zusammenschluss mit den Angehörigen linker Parteien und Gruppen im Exil – von der SAP und Neu Beginnen bis zu den Mitgliedern des ISK – nach dem Krieg als »Neugründung« angesehen werden konnte, stand für viele Mitglieder dennoch die organisatorische und ideelle Kontinuität der wiedererstandenen Sozialdemokratie im Vordergrund. Die politischen Erfahrungen in der Endphase der Weimarer Republik wogen immer noch schwer, auch wenn die Konsequenzen, die individuell daraus gezogen worden waren, unterschiedlich sein mochten. Entsprechend dem demonstrativen »Gestus der Bescheidenheit«<sup>26</sup> war im Selbstverständnis der Parteimitglieder die eigene Verfolgung während der NS-Diktatur kein prominent zu thematisierendes Merkmal. Es darf jedoch unterstellt werden, dass diese besonderen biografischen Erfahrungen durchaus Auswirkungen auf Demokratieverständnis und inhaltliche Prioritäten der einzelnen Parteivorstandsmitglieder hatten und in mancher Hinsicht eine Erklärung für die Reaktionen der Führungsgremien auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit liefern können.

Die Forschungslage zu den einzelnen Parteivorstandsmitgliedern und den führenden Sozialdemokraten in den Bundesländern weist immer noch Lücken auf. Im Fokus stand von Anfang an Kurt Schumacher. Zur Biografie Erich Ollenhauers existiert bis jetzt – sieht man von parteigeschichtlichen Forschungen und einzelnen Untersuchungen ab – noch keine systematische Darstellung seiner Rolle in der Nachkriegszeit.<sup>27</sup> Entsprechendes gilt für seinen Stellvertreter, Wilhelm Mellies.<sup>28</sup> Dagegen liegen für die Mitglieder des besoldeten Vorstands, Willi Eichler und Fritz Heine, umfangreichere Arbeiten vor.<sup>29</sup> Mit Herta Gotthelf befasste sich die Frauen-/Genderforschung.<sup>30</sup> Unzureichend dagegen ist die Forschungslage zu Max Kukil und Alfred Nau.<sup>31</sup> Zu den Mitgliedern des unbesoldeten Vorstands stehen mehr oder weniger umfangreiche Forschungen zur Verfügung, u. a. zu Andreas Gayk<sup>32</sup>, Emil Gross<sup>33</sup>, Fritz Henßler<sup>34</sup>, Wenzel Jaksch<sup>35</sup>, Waldemar von Knoeringen<sup>36</sup>,

26 Vgl. Meyer: Die SPD und die NS-Vergangenheit 1945–1990, S. 79 f.

27 Den umfassendsten Überblick über Ollenhauers politisches Wirken bietet Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Zu Ollenhauers Biografie bis 1946 vgl. oben, Seebacher-Brandt: Ollenhauer. Für die spätere Zeit vgl. auch Heimann: Von Erich Ollenhauer zu Willy Brandt; Walter: Erich Ollenhauer; Dowe (Hrsg.): Ollenhauer (1901–1963); Yasuno: Die Entwicklung des Godesberger Programms.

28 Vgl. Tegtmeier-Breit: »... kann man uns den Stolz und erst recht den Glauben nicht nehmen«, S. 521 ff. Zur Forschungslage vgl. ebd., S. 510.

29 Vgl. oben.

30 Vgl. oben.

31 Vgl. oben.

32 Vgl. Martens: Zur Rolle von Andreas Gayk; Jensen/Rickers (Hrsg.): Andreas Gayk.

33 Pörtner: Emil Gross und die »Freie Presse«.

34 Vgl. Högl: Fritz Henßler – als Kommunalpolitiker und Parlamentarier; ders.: Fritz Henßler; ders./Bohrsch (Hrsg.): Fritz Henßler 1886–1953.

35 Vgl. Martin: »... nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden«; Bachstein: Wenzel Jaksch; Werner: Wenzel Jaksch.

Walter Menzel<sup>37</sup>, Franz Neumann<sup>38</sup>, Ernst Reuter<sup>39</sup>, Carlo Schmid<sup>40</sup>, Elisabeth Selbert<sup>41</sup>, Fritz Steinhoff<sup>42</sup>, Herbert Wehner<sup>43</sup>, Heinrich Albertz<sup>44</sup> und Louise Schroeder<sup>45</sup>. Andere, auch bekanntere Persönlichkeiten sind bis jetzt vergleichsweise wenig erforscht. Manche von ihnen fanden in Festschriften, Sammelbänden oder Dokumentationen eine Würdigung (Erwin Schoettle, Franz Haas, Karl Meitmann, Hermann Veit, Luise Albertz, Franz Bögler, Lisa Albrecht, Georg August Zinn, Anni Krahnstöver[-Mellies]).<sup>46</sup>

Einige gruppenspezifische Merkmale sollen an dieser Stelle den biografischen Hintergrund der Parteivorstandsmitglieder skizzieren.

*Altersstruktur:* In der Altersstruktur des Parteivorstands spiegelte sich immer noch die Überzeugung Kurt Schumachers von 1945 wider, dass der Neuaufbau der Partei von den 45- bis 70-Jährigen zu leisten war.<sup>47</sup> Vierzehn Personen, also fast die Hälfte des Vorstands, waren zwischen 1886 und 1899 geboren und damit 1952 53 bis 66 Jahre alt (Fritz Henßler, Karl Meitmann, Louise Schroeder, Elisabeth Selbert, Hermann Veit, Fritz Steinhoff, Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Ernst Reuter, Lisa Albrecht, Andreas Gayk, Willi Eichler, Wenzel Jaksch, Wilhelm Mellies). Sie hatten den Ersten Weltkrieg als Jugendliche oder bereits Erwachsene erlebt. Alle männlichen Parteivorstandsmitglieder dieser Geburtsjahrgänge hatten am Ersten Weltkrieg teilgenommen, mehrere von ihnen waren im Krieg verwundet worden (Ernst Reuter, Willi Eichler, Andreas Gayk, Fritz Henßler, Wenzel Jaksch, Wilhelm Mellies, Carlo Schmid, Fritz Steinhoff, Karl Meitmann, Erwin Schoettle, Hermann Veit). Für eine Reihe von ihnen stellte der Erste Weltkrieg ein prägendes Politisierungserlebnis dar, das sie in die SPD führte, sofern sie dieser nicht bereits angehörten. Die anderen 16 Personen des Führungsgremiums der SPD waren mit einer Ausnahme in

36 Mehringer: Waldemar von Knoeringen; Grebing/Süß (Hrsg.): Waldemar von Knoeringen 1906–1971.

37 Hirscher: Sozialdemokratische Verfassungspolitik.

38 Heuer/Podewin: Franz Neumann.

39 Möckelmann: Wartesaal Ankara; Grötzner: Outpost of Freedom; Oppermann: Liberaler Sozialismus; Brandt: 1948 – Jahr der Entscheidungen; Reif: Ernst Reuter; Barclay: Schaut auf diese Stadt; Herzfeld: Berlin in der Weltpolitik 1945–1970.

40 Weber: Carlo Schmid.

41 Bussfeld/Drummer: »Ein Glücksfall für die Demokratie«; Gille-Linne/Meyer-Schoppa: Geschlecht als Projektionsfläche politischer Inszenierung; Notz: Dr. Elisabeth Selbert; Böttger: Das Recht auf Gleichheit und Differenz.

42 Vgl. Engelbrecht/Gösmann (Hrsg.): Fritz Steinhoff (1897–1969); Hösel: Fritz Steinhoff (1897–1969); Keinemann: Fritz Steinhoff.

43 Vgl. oben.

44 Vgl. Schuster: Heinrich Albertz; Rohde: Heinrich Albertz und Erich Schellhaus.

45 Koerfer: Louise Schroeder; Scholz/Oschilewski: Louise Schroeder; Notz: Louise Schroeder.

46 Zu Erwin Schoettle im Widerstand vgl. Nachtmann: Erwin Schöttle. Grenzsekretär. Zu Karl Meitmann vgl. Martens: Meitmann, Karl, S. 103 f.; Feuchte: Hermann Veit; Politik für den Menschen. Eine Dokumentation zur Erinnerung an Luise Albertz; Notz: Luise Albertz; Kaiser: Franz Bögler (1902–1976); Notz: Lisa Albrecht; Mühlhausen: Georg August Zinn; »Unsere Aufgabe heißt Hessen«; von Sternburg: Georg August Zinn, S. 257–271; Notz: Anni Mellies.

47 Vgl. Weber (Bearb.): Die SPD-Fraktion, 1. Halbbd., S. XII.

dem kurzen Zeitraum zwischen 1901 und 1906 geboren, also Mitte 40 bis Anfang 50 Jahre alt. Ihre persönliche und politische Sozialisation vollzog sich während der Revolution von 1918 bzw. zu Beginn der 1920er Jahre. Zu dieser Gruppe zählten vom engeren Vorstand Erich Ollenhauer, Alfred Nau, Herta Gotthelf, Max Kukil und Fritz Heine. Heinrich Albertz war mit 37 Jahren das jüngste Mitglied im Parteivorstand.

*Parteiaustritt:* Die meisten Parteivorstandsmitglieder hatten sich früh für ein Engagement in der Sozialdemokratie entschieden. Sie waren beim Eintritt in die SPD ca. 20 Jahre alt, häufig ging dem Parteiaustritt aber der Anschluss an die SAJ im Alter zwischen 14 und 18 Jahren voraus (Luise Albertz, Karl Meitmann, Alfred Nau, Franz Haas, Anni Krahnstöver, Max Kukil, Walter Menzel, Franz Neumann, Erich Ollenhauer). Nur bei wenigen Vorstandsmitgliedern erfolgte der Eintritt in die SPD erst nach dem Zweiten Weltkrieg (Carlo Schmid, Heinrich Albertz, Herbert Wehner). Eher ungewöhnlich war in diesem Zusammenhang – neben der Biografie Herbert Wehners – auch die Biografie Ernst Reuters, der sich als Kriegsgefangener im Ersten Weltkrieg den Bolschewiki anschloss, bis 1918 Volkskommissar in der Wolgadeutschen Republik und bis 1922 KPD-Mitglied war, bevor er zur SPD zurückkehrte. Willi Eichlers Tätigkeit für den ISK wurde bereits erwähnt; einige weitere Vorstandsmitglieder – Waldemar von Knoeringen, Erwin Schoettle und Franz Bögler – arbeiteten während der NS-Zeit auch in anderen Organisationen (Neu Beginnen).<sup>48</sup>

*Soziale Herkunft:* Eine Aufschlüsselung nach sozialer Herkunft zeigt, dass zwar viele Vorstandsmitglieder aus Arbeiterfamilien kamen, doch gab es Ausnahmen (Carlo Schmid, Heinrich Albertz, Ernst Reuter, Hermann Veit und Georg August Zinn). Waldemar von Knoeringen kam aus einer alten Adelsfamilie, schlug aber aus wirtschaftlichen Gründen von Anfang an eine bürgerliche Laufbahn ein. Trotz der überwiegenden Herkunft aus der Arbeiterschaft hatten viele Mitglieder des Parteivorstands ursprünglich eine kaufmännische Ausbildung absolviert oder als Angestellte gearbeitet (Luise Albertz, Franz Bögler, Willi Eichler, Andreas Gayk, Emil Groß, Herta Gotthelf, Fritz Heine, Waldemar von Knoeringen, Anni Krahnstöver, Max Kukil, Karl Meitmann, Alfred Nau, Erich Ollenhauer, Louise Schroeder, Herbert Wehner). Nur wenige Parteivorstandsmitglieder waren zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn Arbeiter: Franz Haas, Fritz Henßler und Erwin Schoettle waren Schriftsetzer oder Buchdrucker von Beruf, Wenzel Jaksch Bauarbeiter, Franz Neumann Schlosser. Dem Parteivorstand gehörten fünf Juristen an (Walter Menzel, Carlo Schmid, Elisabeth Selbert, Hermann Veit, Georg August Zinn), zwei Lehrer (Wilhelm Mellies, Lisa Albrecht [die eine zusätzliche Ausbildung als Sportlehrerin gemacht hatte]) sowie ein evangelischer Pfarrer (Heinrich Albertz). Auch Ernst Reuter war Akademiker, hatte aber aus politischen Gründen auf den Eintritt in den preußischen Staatsdienst als Studienrat verzichtet.

Gerade die hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen gewählten Berufe waren oft früh durch weitergehende Spezialisierung entsprechend den politischen Interessen gewechselt

48 Nicht erfasst sind hier zeitweilige Mitgliedschaften in der USPD.

worden. (Franz Neumann und Louise Schroeder engagierten sich in der Fürsorge; Louise Schroeder wurde Dozentin an der Schule für Arbeiterwohlfahrt und der Hochschule für Politik in Berlin.) Auch Bildungsmöglichkeiten der Arbeiterbewegung wurden genutzt: Emil Gross besuchte die Heimvolkshochschule Tinz und studierte Ende der Weimarer Republik nach der Zulassungsprüfung zum Studium ohne Reifezeugnis Staatswissenschaften. Fritz Steinhoff besuchte nach der Heimvolkshochschule Dreissigacker die Akademie der Arbeit und hörte Vorlesungen an der Hochschule für Politik. Bei Elisabeth Selbert beeinflusste das Interesse an der politischen Gleichberechtigung der Frauen die Hinwendung zum Studium der Rechtswissenschaften.

Das politische Engagement in den Organisationen der Arbeiterbewegung führte in einigen Fällen in eine hauptamtliche Tätigkeit für die Partei. Neben den drei Mitgliedern des engeren Vorstands (Herta Gotthelf, Fritz Heine, Alfred Nau) hatten sich auch Lisa Albrecht und Anni Krahnstöver durch ein Volontariat beim SPD-Parteivorstand Mitte der 1920er Jahre auf ihre spätere Funktionärlaufbahn vorbereitet.

*Frauenanteil:* Im Zeitraum 1952 bis 1954 gehörten dem Parteivorstand sechs Frauen an. Mit 20 % entsprach diese Beteiligung in etwa dem Anteil weiblicher Mitglieder in der SPD (Dezember 1953: 18,99 %). Im Vergleich mit den Männern im Parteivorstand traten die weiblichen Vorstandsmitglieder durch Wortbeiträge wenig hervor. Ob dies immer dem tatsächlichen Stand entsprach (auch Wortmeldungen von männlichen Vorstandsmitgliedern wurden in einigen Fällen im Protokoll nicht erwähnt, fanden jedoch Eingang in die Berichte des »Neuen Vorwärts«) und eine latente geschlechtsspezifische Zurücksetzung vorherrschte bzw. sich bei der Erstellung der Protokolle niederschlug, ist schwer zu beurteilen.<sup>49</sup> Immerhin handelte es sich bei einigen der weiblichen Vorstandsmitglieder – Louise Schroeder und Luise Albertz – um Persönlichkeiten, die innerhalb und außerhalb der SPD große Popularität genossen.<sup>50</sup>

*Widerstand und Emigration in der NS-Zeit:* Für sämtliche Mitglieder des Parteivorstands war der Beginn der NS-Zeit die größte Zäsur in ihrem Leben. Die meisten waren ab 1933 aktiv an Widerstandsaktionen beteiligt oder allein aufgrund ihrer früheren SPD-Mitgliedschaft Verfolgung, Haft oder beruflichen Nachteilen ausgesetzt. Heinrich Albertz (der allerdings in der NS-Zeit noch nicht der SPD angehörte), Lisa Albrecht, Franz Haas, Max Kukul, Karl Meitmann, Alfred Nau, Franz Neumann, Ernst Reuter und Georg August Zinn mussten mehrfache Verhaftungen, Gefängnis- oder KZ-Aufenthalte über sich ergehen lassen. Fritz Henßler verbrachte acht Jahre im KZ Sachsenhausen und überlebte 1945 nur knapp den Todesmarsch aus dem Lager, ebenso Fritz Steinhoff, der von amerikanischen

49 Ein Beispiel bietet der Vergleich eines im Bestand Erich Ollenhauer enthaltenen Wortprotokolls der Sitzung von PV, PA und KK vom 2.4.1954, in dem Herta Gotthelf einen ausführlichen Diskussionsbeitrag lieferte (AdsD, SPD-Parteivorstand, Bestand Erich Ollenhauer, 2/EOAA000103). Im vorliegenden Protokoll (Dokument Nr. 32) ist eine Wortmeldung nicht verzeichnet.

50 Elisabeth Selbert fehlte mehrfach krankheitsbedingt. Vgl. Dokument Nr. 1, Protokoll der PV-Sitzung am 26./27.10.1952, Dokument Nr. 9, Protokoll der PV-Sitzung am 13.3.1953.

Truppen befreit wurde. Andere Parteivorstandsmitglieder erlebten schwere Verfolgungen ihrer Angehörigen, so Luise Albertz, deren Vater verhaftet und ermordet wurde. Franz Bögler, Waldemar von Knoeringen und Erwin Schoettle arbeiteten als Grenzsekretäre im Widerstand und im Exil. Dabei waren Widerstand und Flucht häufig eng verknüpft. Emil Gross gelang nach Widerstandstätigkeit für den »Roten Stoßtrupp« die Flucht in die Niederlande, wo er 1941 verhaftet und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Insgesamt elf der 30 Mitglieder des SPD-Parteivorstands waren während der NS-Zeit ins Exil getrieben worden. Der Zweite Weltkrieg brachte für die Jüngeren unter den Vorstandsmitgliedern – soweit sie sich in dieser Zeit nicht im Ausland oder in Haft befanden – die Einberufung zum Kriegsdienst mit sich (Heinrich Albertz, Franz Haas, Max Kukil, Wilhelm Melles, Alfred Nau, Georg August Zinn); Carlo Schmid wurde zur Wehrmacht eingezogen und war in der Militärverwaltung in Lille tätig.<sup>51</sup>

Von den insgesamt ca. 6.000 ins Ausland geflüchteten Sozialdemokraten und Sozialisten kehrten knapp 3.000 nach dem Krieg nach Deutschland zurück. Sie beteiligten sich durchaus wahrnehmbar in einem auf Modernisierung ausgerichteten Sinne innerhalb der SPD. Dass dies nach außen hin nicht deutlicher wurde, hing nicht zuletzt mit der Situation in der deutschen Nachkriegsgesellschaft zusammen, in der Widerstand, Verfolgung oder Exilerfahrung wenig galten bzw. sogar negativ besetzt waren. Andererseits lässt sich im Nachhinein die verbreitete »Emigrantenhetze« auch als Ablehnung der von den Rückkehrern ausgehenden Modernisierungsimpulse werten und kann damit indirekt als Beleg für vorhandene innovative Einflüsse der Remigration auf die Entwicklung der Bundesrepublik gelten.<sup>52</sup> Im SPD-Parteivorstand stellten die Remigranten keinen einheitlichen politischen Block dar. Am stärksten von den angelsächsischen Erfahrungen geprägt waren Waldemar von Knoeringen und Willi Eichler. Auch Erich Ollenhauer besaß – wie die Gespräche am Rande der Viermächtekonferenz 1954 zeigen sollten – bessere Kontakte zu den Briten als zu den Amerikanern. Fritz Heine dagegen galt trotz seiner Exiljahre als Protagonist der »Weimar«-Generation. Völlig konträr waren die Eindrücke Ernst Reuters, der die Exiljahre in der Türkei verbracht hatte, und Herbert Wehners Erfahrungen in Skandinavien.

*Politische Karrieren in der Nachkriegszeit:* Das Kriegsende und der staatliche und institutionelle Aufbau eröffneten politisch und beruflich neue Perspektiven. Die Mehrzahl der Mitglieder, die dem Parteivorstand in den frühen 1950er Jahren angehörten, hatte sich intensiv am Wiederaufbau in den Ländern und Kommunen beteiligt. Dies führte zur Ernennung bzw. Wahl als Oberbürgermeister/in bei Fritz Henßler (Dortmund), Fritz Steinhoff (Hagen), Luise Albertz (Oberhausen), Hermann Veit (Karlsruhe), Louise Schroeder (Berlin),

51 Zu den Einzelheiten vgl. die Literaturhinweise zu den Biografien der Parteivorstandsmitglieder und die Kurzbiografien im Anhang.

52 Vgl. Angster: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, u. a. S. 341–351; Krohn (Hrsg.): Zwischen den Stühlen?; ders./von zur Mühlen (Hrsg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Vgl. auch Mehringer: Impulse sozialdemokratischer Remigranten; Angster: Wertewandel in den Gewerkschaften.

Ernst Reuter (Berlin), Andreas Gayk (Kiel). Carlo Schmid, Walter Menzel, Hermann Veit, Georg August Zinn und Heinrich Albertz amtierten zeitweise als Minister auf Landesebene bzw. waren Mitglied in Regierungen der Länder. Unter den Vorstandsmitgliedern befanden sich mehrere Landtagsabgeordnete sowie 16 Bundestagsabgeordnete: Luise Albertz, Lisa Albrecht, Willi Eichler (bis 1953), Fritz Henßler (bis zum Tod 1953), Wenzel Jaksch (ab 1953), Anni Krahnstöver (bis 1953), Karl Meitmann, Wilhelm Mellies, Walter Menzel, Franz Neumann, Erich Ollenhauer, Carlo Schmid, Erwin Schoettle, Louise Schroeder, Hermann Veit (bis 1953), Herbert Wehner.

*Regionale Herkunft:* Eine zahlenmäßig und wohl auch einflussmäßig bedeutende Gruppe stellten die Vertreter der nordrhein-westfälischen Bezirke. Fritz Henßler, der SPD-Bezirksvorsitzende Westliches Westfalen, war zugleich Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Er war ein entschiedener Verfechter der Parteivorstandslinie, besaß aber genügend Autorität, um in der Ära Schumacher auch eigene Positionen zum Ausdruck zu bringen. Fritz Steinhoff gehörte gleichfalls dem Landtag in Nordrhein-Westfalen an und übernahm nach dem Tod Henßlers (1953) den Vorsitz der SPD-Fraktion. Verstärkt wurde der NRW-Flügel durch den Verleger Emil Gross und die »Mutter Courage des Ruhrgebiets«<sup>53</sup>, Luise Albertz, eine der prominentesten Persönlichkeiten in Nordrhein-Westfalen. Eine bedeutende Rolle spielte zudem Walter Menzel, der Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Ausschusses zum Schutz der Verfassung im Bundestag und des Verfassungsausschusses beim SPD-Parteivorstand. Auch Wilhelm Mellies zählte zu den Vertretern aus Nordrhein-Westfalen.

Aus dem Südwesten kam Carlo Schmid, einer der »Väter des Grundgesetzes«, zeitweise Justizminister und Staatspräsident bzw. stellvertretender Staatspräsident in Württemberg-Hohenzollern. Er war einer der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Aus Baden-Württemberg stammte auch Erwin Schoettle, seit 1947 Vorsitzender des SPD-Bezirks Württemberg-Baden (ab 1952 Bezirk Südwest). Als Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des Haushaltsausschusses zählte er zu den Finanzexperten der Partei. Als Person war Schoettle jedoch nicht unumstritten, was u. a. mit seiner Mitherausgeberfunktion bei den »Stuttgarter Nachrichten« zusammenhing, über die es mehrfach zu Auseinandersetzungen in der Partei kam. Überdies übte Schoettle häufig Kritik an der Politik und der Ämterverteilung im Parteivorstand. Auch Hermann Veit, Wirtschaftsminister in Baden-Württemberg, ging bei den Auseinandersetzungen um die EVG-Verträge in der Landesregierung eigene Wege.<sup>54</sup>

Bedingt durch die krisenhafte politische Situation in den Jahren 1952/53 kam den Berliner Vorstandsmitgliedern – Louise Schroeder, Ernst Reuter und Franz Neumann – eine besondere Bedeutung zu. Bei aktuellen Anlässen wurden weitere Berliner Sozialde-

53 Vgl. Notz: Frauen in der Mannschaft, S. 118.

54 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, S. 473 ff., S. 485 f. (Dokument Nr. 19, Protokoll der PV-Sitzung am 5./6.9.1952; Dokument Nr. 20, Protokoll der PV-Sitzung am 14.9.1952); vgl. »Erwin Schoettle. Geld von Genossen«, in: »Der Spiegel«, Nr. 43, 20.10.1965, S. 47 f., <<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46274620.html>>. Zu Veit vgl. unten, Abschnitt VIII, 4.

mokraten, so Otto Bach und Willy Brandt, zu den Vorstandssitzungen hinzugezogen. Ernst Reuter sah die Westintegration, den Schuman-Plan und die Montanunion sehr viel positiver als der SPD-Parteivorstand, warf aber auch immer wieder Adenauer ein zu geringes Interesse an der Wiedervereinigung und an Berlin vor. Reuters Verhältnis zur Berliner SPD war nicht konfliktfrei. Ihm fehlte der »direkte, basisbezogene Populismus«, den sein Parteigenosse Franz Neumann besaß. Auch inhaltlich führte die von Reuter befürwortete enge Bindung und Vernetzung Westberlins mit der Bundesrepublik zu Konflikten. Der Berliner Landesvorsitzende Franz Neumann, bis 1933 Sozialarbeiter am Prenzlauer Berg und in der NS-Zeit schweren Verfolgungen ausgesetzt, verstand sich als »Parteisoldat«, der zu Lebzeiten Schumachers nachdrücklich dessen politischen Kurs vertrat. Neumanns Verhältnis zu Ernst Reuter und auch zu Otto Suhr war immer wieder von Spannungen geprägt.<sup>55</sup>

Die Sozialdemokraten aus den norddeutschen Stadtstaaten und Schleswig-Holstein waren mit Karl Meitmann, Andreas Gayk, Herbert Wehner, Anni Krahnstöver und Max Kukil im Vorstand vertreten. Meitmann, vor 1933 bereits Landesvorsitzender der Hamburger SPD und zu Beginn der NS-Zeit mehrfach verhaftet und misshandelt, wurde nach dem Krieg wieder Vorsitzender der Hamburger Landesorganisation, verzichtete aber 1952 auf eine erneute Kandidatur, nachdem ihm u. a. seine Abwesenheit von Hamburg durch die Bonner Ämter zum Vorwurf gemacht worden war.<sup>56</sup> Der Kieler Oberbürgermeister Andreas Gayk hatte während der NS-Zeit an dem regimekritischen Pressespiegel »Blick in die Zeit« mitgearbeitet. Gayk war bis 1950 Vorsitzender der Schleswig-Holsteinischen SPD-Landtagsfraktion, Mitglied des Parlamentarischen Rates und zeitweise Bezirksvorsitzender.<sup>57</sup> Anni Krahnstöver(-Mellies) engagierte sich insbesondere in der Flüchtlingspolitik. Bis zum Parteiverbot 1933 hatte sie als Bezirkssekretärin der SPD in Oppeln (Oberschlesien) gearbeitet und war nach dem Krieg nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt. 1946 organisierte sie die erste Frauenkonferenz der Partei nach dem Krieg. Nach ihrer Heirat mit Wilhelm Mellies schied sie aus dem Bundestag aus, dem Parteivorstand gehörte sie nach einer Abstimmungsniederlage auf dem Berliner Parteitag im Juli 1954 nicht mehr an.<sup>58</sup>

Aus der hessischen SPD kamen neben dem neu in den Parteivorstand gewählten Georg August Zinn die Juristin Elisabeth Selbert und der in der Flüchtlingspolitik engagierte Wenzel Jaksch. Obwohl Selbert eine der profiliertesten Juristinnen in der SPD war, die maßgeblich an der Gleichstellung der Frauen im Grundgesetz mitgewirkt hatte, spielte dies innerhalb der Partei zu Beginn der 1950er Jahre keine herausgehobene Rolle. Wenzel Jaksch, ehemaliges Mitglied und Vorsitzender der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP), übernahm nach seiner Rückkehr aus dem britischen Exil für die SPD die zentrale Flüchtlingsbetreuung und leitete von 1950

55 Vgl. Herzfeld: Berlin in der Weltpolitik, S. 326; Barclay: Schaut auf diese Stadt, S. 310–344; vgl. Heuer/Podewin: Franz Neumann, S. 216.

56 Vgl. Oldenburg: Tradition und Modernität, S. 166–171; Martens: Karl Meitmann.

57 Vgl. PV-Protokolle, Bd. 3, S. 473 f.; vgl. Martens: Zur Rolle von Andreas Gayk.

58 Vgl. Notz: Frauen in der Mannschaft, S. 360. Vgl. Protokoll Parteitag Berlin 1954, S. 314.